

FAWn - Denkanstöße
Beiträge für den offenen Dialog



Die Krise als Chance

Dirk Solte*

Ausarbeitung eines Vortrages zum Thema
„Die Krise als Chance für eine nachhaltige Zukunft und ein Weltfinanzsystem in Balance“
bei der Festveranstaltung „Weltordnungspolitik in der Krise,
Perspektiven internationaler Gerechtigkeit“ - Justitia et Pax
Österreich - Wien, 5. Juni 2009,
mit gekürztem Kapitel 1 erschienen in:
Gabriel, Ingeborg; Schwarz, Ludwig (Hrsg.): „Weltordnungspolitik in der Krise“
Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn, 2011

* PD Dr. Dirk Solte, stellvertretender Vorstand des Forschungsinstitutes für anwendungsorientierte
Wissensverarbeitung/n (FAW/n), Lise-Meitner-Straße 9, 89081 Ulm,
Tel. 0731 – 50 39 200, Fax 0731 – 50 39 111, solte@faw-neu-ulm.de, www.faw-neu-ulm.de

Einleitung

Das Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung/neu (FAW/n) in Ulm arbeitet im Rahmen seines Schwerpunktes „Zukunftsforschung“ seit 2004 an einem „systemischen“ Verständnis des Weltfinanzsystems. Wie funktioniert das System? Welche maßgeblichen Akteure gibt es? Welche Gesetze sind wichtig? Hierzu wurden Daten und Fakten aus den letzten 40 Jahren ausgewertet, analysiert und anschließend ein systemtheoretisches Modell der Wirkungsmuster erarbeitet. Im Jahr 2006 entstand die zusammenfassende Dokumentation der wichtigsten Resultate in dem Buch „Dirk Solte: Weltfinanzsystem am Limit – Einblick in den „Heiligen Gral“ der Globalisierung“ [20]. Drei mögliche Zukunftsszenarien für die Weltwirtschaft und die Gesellschaft wurden darin beschrieben. Das nun eingetretene Szenario ist eines davon. Das Buch verdeutlicht die gegebenen „systemischen“ Probleme – die „Fehler“ des Weltfinanzsystems, die ihre Ursache in ungenügenden Regulierungen auf globaler Ebene haben. Dadurch werden Unterschiede nationaler Regelsetzungen nicht ausgeglichen. Ein Agieren „zwischen allen Staaten“ wird möglich, sinnvolle und notwendige Regeln und Gesetze können so umgangen oder unterwandert werden, insbesondere auch im Finanz- und Steuerbereich.

Ziel der Arbeiten ist es nicht, „Schuldige“ zu finden und anzuklagen. Denn die Akteure sind oft gezwungen oder werden dazu verleitet etwas Falsches zu tun, weil das Richtige nicht über Gesetze eingefordert, sondern im Gegenteil – in dem System – bestraft wird. So entstehen problematische Wirkungsketten. Im Kern bedeutet das, dass der globale Markt bislang nicht die „Konkurrenz regelt“, sondern es herrscht eine „Konkurrenz der Regeln“. Es fehlen gemeinsame verbindliche ökologische und soziale Regeln (inklusive Standards bei den Steuer- und Sozialsystemen), deren Durchsetzung und Einhaltung.

Die entscheidenden Fragen sind: Was ist das Gesamtproblem? Wie kommt man bei einer derartigen Ausgangssituation zu einer balancierten Welt? Wie kommt man zu einer „nachhaltigen Zukunft“, die allen nutzt? Dabei ist ein wichtiger Aspekt die Frage von Freiheit und Verantwortung, Selbstverpflichtung und Regulierung. Im folgenden Text wird hierzu in Kapitel I eine Position bezogen und argumentiert. Kapitel II erläutert kurz die wichtigsten Aspekte der Weltfinanzkrise. Kapitel III skizziert einen Lösungsansatz als globale Reaktion darauf. Zwei wesentliche Lösungskomponenten zur Stabilisierung des Geldsystems werden erläutert. Kapitel IV zeigt auf, wie die Lösung organisatorisch auf globaler Ebene in Angriff genommen werden könnte. Eine weitere Detaillierung findet sich in „Dirk Solte: Weltfinanzsystem in Balance – Die Krise als Chance für eine nachhaltige Zukunft“ [21].

I. Wertebasierung und Gesellschaft – Grenzen persönlicher Verantwortung

In den Forschungen zur formalen Logik wurde von Kurt Gödel bewiesen: „*In widerspruchsfreien, genügend komplexen Systemen gibt es immer Aussagen, die weder bewiesen, noch widerlegt werden können.*“ (erster Unvollständigkeitssatz [4]).

Was bedeutet das **aus einer christlichen Perspektive** für die Frage von Freiheit und Verantwortung, Glaube und Ethik, für Gesetz und Ordnung und damit für Markt und Gesellschaft?

Zunächst ist fest zu halten [11]: die Menschheit hat sich von ca. 150 – 200 Millionen lebenden Menschen in dem Ökosystem Erde zu Zeiten Christi Geburt in den letzten Jahren auf heute ca. 6.800 Millionen lebende Menschen vergrößert. Im Jahr 2050 werden ca. 10.000 Millionen Menschen die Erde bevölkern, obwohl Jahr für Jahr über 10 Millionen Menschen (60 % davon sind Kinder) verhungern [25], Millionen Menschen aufgrund mangelnder medizinischer Versorgung sterben [27] und über 45 Millionen Schwangerschaftsabbrüche [26] vorgenommen werden (Jahr für Jahr). Heute leben also bereits 30- bis 40-mal soviel Menschen als noch vor 2000 Jahren auf der Erde. Die Forschungen zum Klima [6, 10] belegen zudem: Das Biotop Erde wird im wahrsten Sinn des Wortes immer „heißer“ – dies gilt im übertragenen Sinn auch für die knappen Ressourcen [5, 9, 23]. Für das, was heute gerade einmal 20 % der lebenden Menschen für sich beanspruchen, reicht die gesamte Fläche der Erde schon jetzt nicht mehr aus [7, 19] – wir leben „auf Kredit“ zu Lasten der nachfolgenden Generationen [8] und zu Lasten anderer Geschöpfe [16, 18].

Es ist schon daher offensichtlich: Die globalisierte Menschheit in ihrem Zusammenwirken mit der Natur, dieser „Super-Organismus“, ist ein sehr komplexes System.

In der aktuellen Krise mehren sich die Forderungen nach einer Rückbesinnung auf Werte. Damit wird vielfach versucht, die Diskussion in eine Richtung zu lenken, dass man zur Lösung der Probleme nur eine Rückbesinnung auf ein wertebasiertes Leben und Handeln erreichen muss, nicht aber dem Markt weitere Regeln geben muss. Das Handeln sei entscheidend. Es müsse sich nur jeder Einzelne in Freiheit, aber auch in Verantwortung

für alles, zu jeder Zeit, in jeder Situation ethisch oder christlich entscheiden und danach handeln.

„Liebe deinen Nächsten wie dich selbst, und Gott über alles“, wenn alle nach diesen Werten leben und handeln würden, dann wäre alles gut. Dann wird die Menschenwürde geachtet (Liebe deinen Nächsten wie dich selbst) und die Würde der Natur (wenn man 1.Korinther 15.28 „omni in omnibus“ – Gott sei alles in allem – so auslegt, dass Gott auch in der Natur ist).

Eine erste Frage ist: Wie soll (der Mensch) dafür sorgen, dass alle Menschen so leben? Sollen all diejenigen „isoliert“ werden, die nicht „im Glauben leben“? Vor einem Übereifer – einem Unbedingtheitswahn – hat uns Jesus mit dem Gleichnis vom Unkraut unter dem Weizen (Matthäus 13, 24 – 30) gewarnt. Erst am Ende der Welt wird geerntet und Gut und Böse getrennt. Vorher ist die Gefahr viel zu groß, dass man das Gute (Weizen) zusammen mit dem weniger Guten (Unkraut) ausrauft. Der „richtige“ Weg ist also nicht, das „anders Denkende und Handelnde“ zu verteufeln und früh „zu jäten“, sondern geduldig auch das weniger Gute zu zulassen. Und können nicht auch „Zwänge des Systems“ zu weniger gutem Handeln führen? Und welcher Mensch soll über Gut und Böse entscheiden?

Die entscheidende Frage ist: Kann ein Mensch überhaupt immer entscheiden, was „Gut“ ist und was „Böse“? Kann das ein Geschöpf Gottes? Kann das ein Mensch im Glauben, in Freiheit und ohne Gesetze?

Es reicht nicht aus, implizit zu unterstellen, dass alle Menschen dies könnten – wenn sie nur wollen. Bevor man dies zur Maxime des Handelns im Hinblick auf die Frage der gesellschaftlichen Ordnung erhebt, muss die prinzipielle Frage des „Könnens“ bewiesen werden. Und Kurt Gödel hat mit seinem „ersten Unvollständigkeitssatz“ bereits das Gegenteil bewiesen. Es finden sich in jedem genügend komplexen System Aussagen, die weder bewiesen, noch widerlegt werden können. Was bedeutet das für die „richtigen“ Entscheidungen und das „richtige“ Handeln? Gödels Theorem sagt uns, dass es Entscheidungssituationen in unserem Leben geben kann, in denen wir nicht entscheiden können, was „richtig“ ist, selbst wenn wir wollen! Eine Entscheidung ist letztlich die Frage, ob eine Aussage „wahr“ oder „falsch“ ist.

Zwei Beispiele: Was soll der im innersten ethisch ausgerichtete Arzt, der aus tiefster Überzeugung die christlichen Werte lebt, mit der für sich selbst reservierten letzten Impfung gegen eine tödlich verlaufende Krankheit machen, wenn noch zwei Patienten zur Tür herein kommen? Wie lange soll ein genialer Chirurg, der eine sehr komplizierte Operation ausführen kann täglich arbeiten, wenn die Schlange der Patienten immer größer wird?

Kann man wirklich entscheiden, welches Handeln in diesen Situationen „im Glauben“ und ethisch richtig und was falsch ist? Soll der Arzt sich selbst impfen, damit er weiter für seine Familie sorgen kann? Soll er das Los entscheiden lassen? Soll er niemanden impfen? Egal wie in solchen Situationen gehandelt wird, es trifft immer „den Nächsten“ bei der Menschenwürde. Man kann einfach nicht entscheiden, was richtig ist – das nennt man das Problem der Unentscheidbarkeit. Das ist es, was Goedl bewiesen hat. In genügend komplexen Systemen gibt es immer solche Situationen. Selbst wenn man zutiefst und immer das Richtige tun will, es gibt Situationen in denen man definitiv nicht entscheiden kann, was Richtig ist, es ist unmöglich. Der Roman-Schriftsteller Frederick Forsyth nennt solche Situationen treffend „des Teufels Alternative“ [3].

Im unternehmerischen Bereich finden sich Probleme der Unentscheidbarkeit u.a. bei Fragen hinsichtlich Ausrichtung und Ausgestaltung von Unternehmenszielen. Woran ist das Unternehmen auszurichten? Shareholder-value oder stakeholder-value? Gibt es eine „richtige“ Balance zwischen diesen Zielen? Soll der Unternehmer Gewinne anstreben? Wenn ja, wie hoch sollen bzw. dürfen Gewinne sein? Wie viel Gewinne soll man für „schlechte Zeiten“ einbehalten? Wann soll man Mitarbeiter entlassen, wenn Verluste auflaufen?

Hinzu kommen dann auch noch Entscheidungssituationen, die man als „Gefangenendilemma“ bezeichnet [17]. Wenn nicht Regeln und Gesetze dem Handeln aller „Leitplanken“ setzen, wie kann man dann – gerade in Situationen der Unentscheidbarkeit – sicherstellen, dass das eigene Handeln – in Konkurrenz zu anderen – nicht „bestraft“ wird, nur weil andere anders handeln? Die Regeln im System sind hier entscheidend, um ein „globales Optimum“ erreichbar zu machen.

Selbst wenn wir noch so sehr im Glauben leben, selbst wenn wir noch so sehr die grundlegenden Werte verinnerlicht haben und unser ganzes Leben ethisch und wertebasiert leben wollen, noch so sehr danach streben, es gibt Situationen in denen wir nicht entscheiden können, was „richtig“ oder „falsch“ ist. Deshalb brauchen wir auch die Regeln und Gesetze für die Gesellschaft und für den Markt, die unsere Werte und unsere

Erfahrungen sichern und für alle nutzbar machen.

Und ein weiteres ist zu beachten: Sind alle ethischen Grundwerte, auf denen man das Leben in der Gesellschaft und in der Natur aufsetzen müsste, in der multikulturellen globalisierten Welt gegeben und in ihrer jeweiligen Ausprägung miteinander kompatibel? Denn wir wissen ja aus der Entscheidungstheorie, was das "Gefangenen-Dilemma" ist. Paulus beschreibt dies im Galaterbrief Kap. 5,9 (auch im 1.Korinther 5,6) *"Ein wenig Sauerteig versäuert den ganzen Teig."* Wenn nicht 100%-Kompatibilität gegeben ist, kommt es zum Sub-Optimum, bis hin zum Kollaps, je nach dem, wie groß die Gruppe der "Nicht-Kompatiblen" ist. Wir können daher nur von "mehrheitlichen" Kompatibilitäten ausgehen (z. B. die in der Erklärung zum Weltethos des Parlaments der Weltreligionen **gemeinsam verabschiedeten Werte, 1993 [12]**). Deshalb brauchen wir
1. (mehrheitsfähige) ethische Grundwerte **und** 2. deren "Inkorporierung" in Markt und Gesellschaft über korrespondierende Regeln und Gesetze. Nicht Ethik ohne Gesetze.

So muss man auch die Bibel interpretieren:

Was hat Jesus getan, als er in den Tempel kam und das ökonomische Treiben dort gesehen hat? Er hat nicht gesagt: „Benehmt euch alle der richtigen christlichen Grundethik entsprechend, ich "appelliere" an euch, euch so zu verhalten. Bitte nehmt das Wort Gottes als euren „Code of Conduct“. **Nein!** Er hat sie alle aus dem Tempel vertrieben und dabei gesagt: Hier gelten die Regeln Gottes. Matthäus Kap 21, 12/13: *"Und Jesus ging zum Tempel Gottes hinein und trieb heraus alle Verkäufer und Käufer im Tempel und stieß um der Wechsler Tische und die Stühle der Taubenkrämer und sprach zu ihnen: Es steht geschrieben: >>Mein Haus soll ein Bethaus heißen<<; ihr aber habt eine Mördergrube daraus gemacht."*

Man muss den Galaterbrief des Paulus vor dem Hintergrund sehen, dass die damaligen Gesetze eben nicht (vollständig) kompatibel mit dem christlichen Glauben waren, sie waren "nicht perfekt", sondern mussten als "Annäherung", als Übergang gesehen werden. Was sagte Paulus? Kap.3,21: *"Wie? Ist denn das Gesetz wider Gottes Verheißungen? Das sei ferne!"* Weiter heißt es in Kap. 3.23/24: *"Ehe denn aber der Glaube kam, wurden wir unter dem Gesetz verwahrt und verschlossen auf den Glauben, der da sollte offenbart werden. Also ist das Gesetz unser Zuchtmeister gewesen auf Christum, dass wir durch den Glauben gerecht würden."* Und das man aus dem Glauben gerecht (und nicht aus dem Gesetz) gerecht wird, bedeutet ja auch nicht, das man die Gesetze so lassen soll wie sie sind, ganz im Gegenteil, Christen sind aufgefordert sich gegen solche Gesetze zu

stellen, die der ethischen Grundposition entgegen stehen, Christen sollen dazu nicht schweigen. Paulus klagt nur all diejenigen an, die **ohne** Glauben und **nur** durch das Gesetz leben wollen Kap. 5.4: *"Ihr habt Christum verloren, die ihr durch das Gesetz gerecht werden wollt, und seid von der Gnade gefallen."*

Daraus ist folgendes abzuleiten: "wahrer" und perfekt gelebter Glaube kann zwar die Gesetze unnötig machen (muss dies aber nicht). Gesetze sind nötig (kompatibel mit der ethischen Grundposition), um

- fehlenden Glauben / fehlende Ethik
- nicht perfekt gelebten Glauben / Disharmonien (was durch die zunehmende Komplexität des "Super-Organismus Menschheit und Umwelt" auch immer schwieriger, wenn nicht sogar unmöglich ist, da man aufgrund der Komplexität des Systems sogar vor dem Problem der Unentscheidbarkeit stehen kann)

gewissermaßen - bis zum garantiert und überall gelebten Glauben beziehungsweise strikt wertebasierten Handeln - zu kompensieren (*"Ein wenig Sauerteig versäuert den ganzen Teig."*).

In der formalen Logik kommt man zu demselben Schluss:

Aussage A: „Es gibt (vollständig) zu den Grundwerten kompatible Gesetze“; Aussage B: „Der Glaube wird von allen perfekt gelebt.“ Es stellt sich die Frage: Wann ist die kombinierte Aussage „A oder B“ ($A \vee B$) wahr und wann falsch? Ohne Gesetze (bzw. ohne kompatible Gesetze) kommt es nur dann zu keinen Problemen, wenn Glaube / Ethik von allen perfekt gelebt wird (und hierfür ist aber Bedingung, dass er perfekt gelebt werden kann). Mit (dem Glauben / der Ethik kompatiblen) Gesetzen kommt es zu keinen Probleme, selbst wenn es Menschen gibt, die nicht perfekt im Glauben / ethisch leben (oder dies nicht möglich ist). Mit Gesetzen, die nicht mit Glauben / Ethik kompatibel sind kommt es zu Problemen, wenn manche nicht perfekt im Glauben / ethisch leben (oder dies unmöglich ist). Mit (zum Glauben / Ethik kompatiblen) Gesetzen und perfekt gelebtem Glauben / ethischen Handeln gibt es überhaupt keine Probleme.

Fazit: Wir leben "multikulturell" in einer globalisierten Welt. Es wird immer „Gute“ und „weniger Gute“ geben. Wir leben in einem „genügend komplexen“ System, wodurch es unentscheidbare Situationen geben kann. Wir können daher auch nicht sicher sein, immer entscheiden zu können, was „Gut“ und was „Böse“ ist. Der „Appell“ an die ethische Moral des Einzelnen, die persönliche Verantwortung für **alles** Handeln, hat Grenzen. Wenn wir

miteinander auskommen wollen, brauchen wir die mit mehrheitsfähigen Grundwerten, einer mehrheitsfähigen Ethik, kompatiblen Gesetze, damit Probleme, soweit dies überhaupt möglich ist, ausgeschlossen sind. Bis zum "Glauben in Allen" brauchen wir diesen "Zuchtmeister", der uns führt, ohne aber "blind" davon aus zu gehen, dass die (von uns) definierten Gesetze - quasi per definitionem - kompatibel zur mehrheitsfähigen Ethik sind. Wir müssen kritisch bleiben und Lücken "überbrücken und schließen". Als „Falsch“ Erkanntes müssen wir ändern.

So richtig und wichtig die ethischen Werte, ihre Vermittlung und ein Leben im Glauben, ein eigenverantwortliches Handeln mit dem Blick auf den Nächsten und das Ganze auch sind: Für Gesetze zu sorgen, die mit der mehrheitsfähigen Ethik kompatibel sind, muss Teil unserer gelebten Ethik, es muss Teil unseres gelebten Glaubens sein!

Die Fragen, die wir daher nun zu beantworten haben, sind:

- Was ist der Kern der Krise?
- Welche Regeln sind notwendig?
- Wo können die Regeln verankert werden?

II. Die Krise verstehen und global handeln – Chance für eine nachhaltige Zukunft

Globale Probleme müssen auch global beantwortet werden. Wir haben eine Weltkrise und nicht nur eine Krise des Finanzmarktes. Die Krise hat viele „Gesichter“: finanzielle, ökonomische, ökologische und soziale Problembereiche. Die Krise eröffnet aber auch die vielleicht einmalige Chance, alle diese Problemfäden so zu verknüpfen, dass Zukunftsfähigkeit erreicht wird und wir alle profitieren. Das muss aber auf globaler Ebene geleistet werden. Eine politische und gesellschaftliche Herausforderung, die uns alle betrifft.

II.1 Die Instabilität des Systems – Platzen der „Geld-Blase“

Das Problem hinter den Problemen der weltweiten Krise ist eine gigantische „Geldblase“, eine immer höhere Schuldenbasierung von Wertschöpfung und Konsum – weltweit [20]. Die Schulden betragen inzwischen weltweit das Vierfache des Bruttoinlandsproduktes (BIP), also der Gesamtsumme aller Einkommen und Gewinne eines Jahres. In Europa betragen die Schulden sogar das Fünffache. Dies ist eine Überschuldungs-Situation. Dabei stehen der Basis des Geldsystems, dem von den Zentralbanken ausgegebenen Geld (Zentralbankgeld) als ausschließliches gesetzliches Zahlungsmittel immer mehr „verbriefte Geldansprüche“, z. B. Schuldverschreibungen, Pfandbriefe, Aktien, Fondsanteile usw. gegenüber. Das Verhältnis ist mittlerweile 2:107. Dies ist eine Situation höchster Instabilität, die unweigerlich zur Krise führt, wenn die Bereitschaft, Geldansprüche als Vermögen zu halten, sinkt.

Das ist wie bei dem Spiel „Reise nach Jerusalem“. Solange die Musik spielt, laufen die Spieler fröhlich um die Stühle. Wenn die Musik aufhört, muss der, der keinen Stuhl erwischt, ein Pfand abgeben. Bei dem „Spiel der Spiele“ im Weltfinanzsystem laufen allerdings 107 Spieler, unter denen ein paar wenige sehr große Vermögensverwalter (Institutionelle Anleger) sind, um gerade einmal zwei Stühle. Und zu Beginn der Krise ist die Bereitschaft, Geldansprüche statt Geld oder Sachvermögen – „reale“ Werte – zu halten, gegen Null gegangen. Die Musik hört auf zu spielen. Gerade die Institutionellen Anleger horten Geld mit hoher Liquidität, das dann anderen fehlt, sie nehmen die „Stühle“ aus dem Spiel, weil man nicht weiß, welche Anlagen – d. h. welche Geldversprechen – jetzt noch sicher sind. Die, die das Zentralbankgeld „horten“, „sitzen auf den Stühlen“ und warten auf die „Pfänder“ der Verlierer. Banken gewähren das „gehortete“ hoch liquide Geld

nicht mehr als Kredit. Sie wollen damit attraktive reale Sachwerte kaufen und warten auf „Notverkäufe“. Damit gefährden sie sogar – ohne es zu wollen – ihr eigenes Vermögen, denn jetzt kommen auch noch weitere Unternehmen – an denen sie Anteile halten – in Finanzierungsprobleme. Das Zentralbankgeld „fließt“ nicht mehr, ist nicht mehr „im Umlauf“. Was folgt? Die „Verlierer“ im Spiel geraten in Zahlungsschwierigkeiten, z. B. weil Kredite nicht verlängert werden. Sie müssen „ein Pfand“ abgeben, reale Werte weit unter Preis an die veräußern, die liquide sind, die großen Institutionellen Anleger oder deren Finanzinstitute. Finanzvermögen wird gegen reale Sachvermögen getauscht. Um das zu verhindern, reicht es nicht „neue Stühle“, d. h. Zentralbankgeld „ins Spiel zu bringen“. Dieses Geld muss „umlaufen“, die „Musik muss wieder spielen“. Dafür muss man das „Horten“ von liquidem Geld wirksam begrenzen.

II.2 Wo liegen die wichtigsten Gründe für die Überschuldung der Welt?

Der globale Markt sollte die Konkurrenz regeln, stattdessen gibt es weltweit aber eine Konkurrenz der Regeln. Die Finanz-, Steuer- und Sozialsysteme der Staaten konkurrieren über nationale Gesetze um Wertschöpfung, selbst wenn diese in anderen Ländern erwirtschaftet wurde – ein „Kampf um die Quellen der Besteuerung“, z. B. durch trickreiche, aber legale, „Umqualifizierung“ von Gewinnen. Man produziert dort, wo der Staat (finanziert über Steuern) die besten Voraussetzungen dafür bereitstellt (Forschung, Infrastruktur, Mitarbeiterqualifikation über gute Bildungssysteme usw.), versteuert die Gewinne aber in einem anderen Staat, wo die Steuern darauf am geringsten sind. Und der „tollste Trick“ besteht darin, Gewinne zu machen (und gering zu besteuern), von denen man noch gar nicht weiß, wo sie jemals erwirtschaftet werden – dies geht über so genannte „Buchgewinne“ [2]. Die so genannte „fair value“ Bewertung hat gerade in den letzten acht Jahren dazu beigetragen, dass sich bei den Finanzinstituten sehr viel Eigenkapital aus dem Nichts, aus der Zukunft, aus Gewinnen, die noch gar nicht realisiert wurden, gebildet hat. Diese Gewinne wurden im Staat des Firmensitzes besteuert, obwohl man noch gar nicht wissen konnte, wo der Ertrag – wenn überhaupt – irgendwann einmal erwirtschaftet wird. Und auch auf dieses Eigenkapital wollten die Eigentümer (u. a. auch Renten- und Pensionsfonds) eine hohe Rendite sehen. Deshalb haben die Finanzinstitute, um noch mehr Gewinne zu erzielen, in enormen Maße die Kreditvergabe ausgeweitet: z. B. für „gehebelte“ Investitionen (so genannte „Leverage-Geschäfte“) oder auch an Schuldner, die überhaupt nicht zur Rückzahlung fähig waren (Subprime). Die Risiken wurden wo immer möglich ausgelagert und dazu wurden auch immer neue „innovative“ Finanzprodukte erfunden. Konjunktur, Gewinne und Steuereinnahmen wuchsen „auf

Pump“. Die „Geldblase“ wurde immer größer.

II.3 Der Krise sinnvoll begegnen

Der deutsche Bundesfinanzminister Steinbrück hat die bisherigen Rettungsmaßnahmen der Regierung mit einem einprägsamen Bild erläutert, in dem er sagte [22]: „Brände müssen gelöscht werden und anschließend müssen die Brandstifter gehindert werden, so etwas wieder zu machen.“ Das ist zwar richtig und wichtig, aber definitiv nicht genug, wenn man das Gesamtproblem und dessen Hintergründe betrachtet. Dann muss man sich auch fragen: Woher kommt das Löschwasser? Mit welchem Geld agiert der Staat? Ohne eine Verbesserung auf der staatlichen Einnahmenseite sind das neue Staatsschulden. Der Staat holt sich das Löschwasser von den Brandstiftern, denn die öffentlichen Hände sind hoch verschuldet, den Nationalstaaten fehlt das Wasser. Die Staaten können sich so die Infrastruktur und das Gemeinwesen nicht mehr leisten, nicht mehr genug in Bildung, Innovation und Forschung investieren und die Rahmenbedingungen für alle, besonders aber für den Mittelstand werden immer schlechter. Die „Bäume“ sind pulvertrocken. Dem muss man begegnen, aber nicht über nationale Konjunkturprogramme „auf Pump“ (denn dann würde die Geldblase noch größer) und ohne die Probleme hinter den Problemen mit zu lösen: Die Konkurrenz der nationalen Regeln, Systeme und Gesetze im globalen Markt. Jetzt hat die Politik die Chance, die Weichen in die richtige Richtung zu stellen. Dafür müssen aber die anderen „losen Problemfäden“, d. h. die unterschiedlichen, letztendlich alle miteinander zusammenhängenden Problembereiche gemeinsam betrachtet werden. Das ist die Klima- und die Energiefrage und das ist das permanente Sozialdumping, u. a. auch über Kinderarbeit auf dem Globus, weil im weltweiten Markt die geeigneten Verabredungen für Regeln im Umwelt-, Energie- und Sozialbereich definitiv fehlen bzw. es keine wirksamen Möglichkeiten für eine Durchsetzung der Einhaltung gibt. Möglichkeiten der Durchsetzung hätte die Welthandelsorganisation WTO (World Trade Organization). Aber auch in der WTO gelten nur Qualitätsstandards und keine Verfahrensstandards. Die Produktion von Gütern durch Kinderhand, oder ob Fleisch von geklonten Rindern stammt, oder ob bei der Herstellung chemischer Produkte giftige Abfallstoffe in der Natur landen, all das betrifft aber nicht die Qualität von Produkten, sondern die Herstellungsverfahren.

Umweltprobleme, Sozialprobleme, Finanzprobleme, Wirtschaftsprobleme, diese hängen alle miteinander zusammen und müssen auch zusammen gelöst werden.

II.4. Welche Auswirkungen hat die Finanzkrise auf die Gesellschaft?

Zurzeit befinden wir uns in einer „nah-chaotischen“ Situation. Wissenschaftlich betrachtet – Entscheidungstheorie – befinden wir uns an einem so genannten „Tipping Point“ – dem Punkt der Entscheidung. Es kann nicht mehr so weiter gehen wie bisher, es wird zwingend eine Veränderung geben. Es kommt jetzt darauf an, wie wir handeln und welche Entscheidungen die Politik trifft, welche Auswirkungen dies auf uns, auf unsere Gesellschaft und damit insbesondere auf die „Mittelschicht“ und auf Finanzvermögen hat. Wenn die angedeuteten Maßnahmen, also insbesondere die Regelsetzungen auf globaler Ebene für eine Einhaltung von ökologischen und Sozialstandards und die weltweite Anpassung von Steuergesetzen nicht in Angriff genommen werden, reißt die Gesellschaft auseinander [15, 20]. Es gibt dann das eine Segment der Bürgerinnen und Bürger, die Einlagen bei den Banken haben und diese Einlagen sind über Schulden der öffentlichen Hand und Schulden der Bürgerinnen und Bürger „gesichert“. Wenn der Staat dann sagt „Die Einlagen sind sicher“, heißt das nur, alle haften für einander. Das andere Segment sind die großen Gewinner, die sich – wie Goethe im „Faust“ dichtet – „am Abend im Grundbesitz wiegen“. Die mittlere Schicht und die Gruppe der Vermögenden, die nur Finanzwerte besitzen, werden global betrachtet dabei verlieren mit Folgen für Deutschland, Europa und die Welt. Die ernste Frage ist dann: Wie viel Ungleichheit hält eine demokratische Gesellschaft aus ohne zu radikalieren? Gibt es dann überhaupt „Gewinner“? Oder wiederholt sich nach 80 Jahren die Geschichte mit all ihren fürchterlichen Folgen?

Wir haben jetzt aber auch die Chance, das „Spiel“ wieder fair zu gestalten, damit alle gewinnen: Über ökologische und soziale Regeln für den globalisierten Markt, in Kombination damit die nachhaltige Ausrichtung des Finanz- und Steuersystems in eine weltweiten Abstimmung [21]. So kann man die Balance erreichen. Mit fairem Wettbewerb, fairer Teilhabe, Verteilung und Wohlstand in Breite. Für eine friedensfähige Zukunft [15].

III. Globales Handeln als Reaktion auf die globale Krise

Die Weltfinanzkrise ist eine, möglicherweise einmalige, **Chance**, einen ersten wichtigen Schritt zur Verankerung von Umwelt- und Sozialstandards im weltweiten Markt zu machen, wenn man zur Stabilisierung einen pragmatischen Schritt zur Lösung des Gesamtproblems wählt, dessen wichtigste Eckpunkte hier zusammengestellt sind [2, 13, 14, 21]:

Das Finanzsystem wird heute von leistungsstarken globalen Akteuren dazu benutzt, in einem viel zu geringen Umfang Steuern zu zahlen. Die jeweils national gültigen bzw. vorgesehenen Steuerzahlungen werden durch geschickte Gestaltung von Geschäften – vielfach legal – unterwandert. Das Prinzip Steuergerechtigkeit und Fairness ist so auf den Kopf gestellt. Das bedeutet, hier können viele Mittel erschlossen werden ohne die staatlichen Budgets und den Mittelstand weiter zu belasten, wenn man nur auch die Angleichung von Besteuerungsprinzipien und das „Einhegen“ von Steuer-Oasen zur Verhinderung von Steuerhinterziehungen vorantreibt. Diese Finanzmittel braucht man gerade auch, um über Querfinanzierungssysteme zu erreichen, dass die wichtigsten ökologischen und sozialen Regelungen in den internationalen Verträgen allgemein akzeptiert und auch in allen Ländern beachtet und eingehalten werden. Dafür sind dann auch in allen Ländern in die dafür notwendigen Grundlagen zu investieren (z. B. Schulen, Krankenhäuser, Kommunikationsnetze, Umwelttechnologien usw.). Die prinzipiell richtig funktionierenden, besser gesagt: noch richtig funktionierenden nationalen sozialen Demokratien haben nur dann, also unter global balancierten Bedingungen, eine wirkliche Chance, die Globalisierung unbeschadet zu überleben.

Was sind die entscheidenden Eckpunkte für diese pragmatische und zielführende politische Lösung des Problems? Ein „7 Punkte Plan“:

1. **Umweltstandards:** Das Fenster ist geöffnet, um im Rahmen der Folgeverhandlungen zum Kyoto-Protokoll (Begrenzung des Ausstoßes schädlicher Klimagase) zu einem längst überfälligen, globalen „Cap and Trade“-Ansatz zu kommen [24]. Der Gesamtumfang des erlaubten Ausstoßes ist zu begrenzen („Cap“) und die Ausstoßrechte sollten weltweit gehandelt werden („Trade“). Dafür ist ein Transformationsprozess auszuhandeln, der mittelfristig zu gleichen Pro-Kopf-Emissionsrechten führt.
2. **Sozialstandards:** Alle Nationalstaaten haben wichtige Kernstandards der ILO (Internationale Arbeitsorganisation) verabredet, die aber derzeit – genauso wie Umweltstandards - im Rahmen der WTO-Regelungen (WTO: Welthandelsorganisation) unterwandert werden. Deshalb ermöglichen Kinderarbeit und Umweltverschmutzung immer noch Wettbewerbsvorteile.
3. **Markt:** Das Verhindern einer weltweiten Rezession und Depression muss jetzt mehr als ein ökosoziales Konjunkturförderprogramm auf Pump sein! Öffentliche Investitionen z. B. in neue Energien und Umwelttechnologien, Bildung und Infrastruktur sollten Teil eines Implementationsprozesses weltweiter gemeinsamer

Umwelt- und Sozialstandards (sowie deren institutionelle Voraussetzungen) sein (Global New Deal). Die entsprechenden Standards sollten als **Verfahrensstandards in der WTO** für verbindlich erklärt werden. Erst dann wird es kein Um-welt-, Sozial- und Steuerdumping zur Profitmaximierung mehr geben und der globale Markt ist ein Ökosozialer Markt.

4. **Verfahren:** Wie kann dieser „Deal“ zum Abschluss gebracht werden? Die Antwort ist: **Co-Finanzierung**. So, wie in der Europäischen Union über die so genannten Strukturfonds schon lange co-finanziert wird, damit schwächere und neue Mitglieder überhaupt zur Implementierung des Gemeinschaftsrechts – dem Acquis Communautaire – in der Lage sind. Strukturschwache Regionen werden finanziell unterstützt. Ein solches Vorgehen auch auf globaler Ebene ist der Schlüssel – die Co-Finanzierung von aufeinander abgestimmten Standards, die u. U. vom Entwicklungsstand eines Landes abhängig sein können, aber gemeinsam abgesprochen und verbindlich sind.
5. **Finanzierung:** Woher kommen die Mittel zur Co-Finanzierung? Die Antwort ist: Aus der Reform der Finanz- **und Steuersysteme** im Rahmen eines „Bretton Woods II-Abkommens“, das aber eben nicht nur auf das Finanzsegment beschränkt sein darf. Auch die Steuersysteme müssen angeglichen werden. Denn nur durch einen Ausgleich der derzeit zwischen den Staaten sehr unterschiedlichen Grundsätze der Besteuerung (durch eine Harmonisierung der Steuerbemessungsgrundlagen) können Steuerumgehungen global wirkungsvoll unterbunden werden.
6. **Balance:** Außerdem würde zur Finanzierung der Implementation der Grundlagen für die Standards in allen Ländern und für **Ausgleichsprozesse** beitragen: Die Besteuerung globaler Transaktionen - Transport, Handel und Finanzströme. Aber auch eine Art Mehrwertsteuer auf alle Finanzprodukte, um die spekulativen Hebelgeschäfte einzudämmen bzw. darauf einen ausgleichenden Beitrag zu erheben, wäre hilfreich. Eine **Mehrgeldsteuer** (=> Kapitel III.2) – **eine Leverage Money Tax** - wäre so gestaltbar, dass gerade die größten Profiteure wieder einen fairen Beitrag zur Finanzierung der Grundlagen für Wertschöpfung und Wohlstand leisten müssen. Dies entlastet den Mittelstand und andere, die sowieso benachteiligt sind, weil sie z.B. für einen verbrieften Kredit (ein Finanzprodukt) ohnehin höhere Zinsen zahlen müssen als beispielsweise die leistungsfähigsten Finanzinstitutionen. Die Profiteure sollten daher eine höhere Abgabe auf das von ihnen geschöpfte „Hebelgeld“, ihre Kredite für gehebelte Investitionen und Spekulationen, leisten. Wirtschaftlich weniger leistungsfähige Akteure wie z. B. der Mittelstand sollen nicht noch mehr belastet

werden. Mit der Mehrgeldsteuer könnte so eine faire Abgabe gestaltet werden, die die „Super-Bubble“ – die Geldblase – beherrschbar macht.

7. **Geldsystem:** Kurzfristig muss der Liquiditätsengpass – als Treiber der Weltfinanzkrise mit ihren Auswirkungen auf die Realwirtschaft – behoben werden. Das Zentralbankgeld muss wieder „umlaufen“, um die Zahlungsfähigkeit in den Märkten wieder herzustellen. Hierfür ist das „Horten“ von Zahlungsmitteln bei den Finanzmarktakteuren zu begrenzen. Hierzu wäre die Vorgabe einer **Maximalreserve** (=> Kapitel III.1) ein wirkungsvolles Mittel. „Überschüssige“ Liquidität würde dann allen Marktteilnehmern als Kredit über einen „Liquiditätssicherungsfonds“ verfügbar gemacht.

III.1 Finanzmarktliquidität: Begrenzung der Kassenhaltung – Maximalreserve

Ein erkanntes Problem im Weltfinanzmarkt ist die Folgewirkung quasi sich selbst verstärkender Prozesse hinsichtlich der Kassenhaltung von Zentralbankgeld-Liquidität in gebündelter Form – das „Horten“ von Zahlungsmitteln. Die Weltwirtschaft befindet sich in einer Situation, in der bei nur wenigen sehr großen Finanzinstituten bzw. Finanzvermögensverwaltern (bei den so genannten institutionellen Anlegern oder ihren depotführenden Banken) immense Bestände aller weltweiten Finanzvermögen unter Verwaltung stehen. Darüber hinaus sind diese institutionellen Anleger die wichtigsten Anteilseigner aller Finanzinstitutionen, sie haben als maßgebliche Eigentümer darauf Einfluss. Diese Finanzinstitutionen ihrerseits verwalten wieder einen weiteren großen Teil weltweiter Finanzvermögen. In dieser Verflechtung bündelt sich das von den großen Akteuren selbst aktiv investierte Vermögen, das aktiv gemanagte Vermögen. Und darüber hinaus steht noch ein weiteres Volumen aller Finanzaktiva „under custody“, d. h. wird als eine Art Sondervermögen von diesen Akteuren verwaltet. Ein Wechsel der Anlagestrategie bei nur wenigen dieser großen Akteure, z. B. mit der Zielsetzung einer erhöhten Kassenhaltung, eines erhöhten verfügbaren Bestands an Zentralbankgeld, und bei Zentralbanken kurzfristig dagegen eintauschbare Schuldverschreibungen, kann dabei dazu führen, dass die erforderlichen Zahlungsmittel des Weltfinanzsystems an nur wenigen Stellen, bei wenigen Finanzinstituten, „geparkt“ werden. Die Liquidität verschwindet dabei zwar nicht aus dem System, sondern sie wird quasi inaktiv, ist für andere nicht mehr verfügbar (etwa für Kredite zwischen Banken im Interbankenmarkt). Die großen Institute „sitzen auf dem Geld“. Umgekehrt kann ein erneuter Strategiewechsel, z. B. in Form großvolumiger Käufe von Sachwerten, wieder zu einer besonders hohen im Markt aktiven Zahlungsmittelliquidität führen, woraus sich eine hohe Inflation ergeben

kann.

Diesem Problembereich kann dadurch begegnet werden, den Zentralbankgeld haltenden Institutionen des Weltfinanzsystems neben einer Mindestreserve auch eine Maximalreserve vorzuschreiben. Der Zahlungsmittelbestand ist zu begrenzen. Dieser Ansatz könnte so umgesetzt werden, dass die „Überhang-Liquidität“ der Institute gegen spezielle – gegebenenfalls staatlich gesicherte – Schuldverschreibungen getauscht werden muss, um für Kreditvergaben wieder verfügbar zu werden. Da bei staatlichen Bürgschaften allerdings die Allgemeinheit in eine Haftung kommt, wäre es im Rahmen einer internationalen Verabredung Ziel führender, allen Akteuren des Finanzmarktes eine Beteiligung an einem hierfür einzurichtenden **Liquiditätssicherungsfonds** abzuverlangen. Ab einer verabredeten „Melderreserve“ (die z.B. 1%-2% oberhalb der Mindestreserve liegen könnte) müsste eine darüber hinaus gehende Zentralbankgeldliquidität in Fondsanteile (letztlich gemeinsam von allen Finanzmarktteilnehmern abgesicherte Schuldverschreibungen) gewandelt werden. Über den Fonds wäre man so in der Lage, bei einer „unbalancierten“ Verteilung von Zentralbankgeldliquidität so steuernd über die Gewährung von Krediten durch den gemeinsamen Fonds einzugreifen. Für den Kredit könnten dabei Sachwerte (gegebenenfalls auch andere Vermögenswerte) als Sicherheiten verlangt werden. Dies würde wirkungsvoll den „Ausverkauf von Vermögen unter Preis“ aufhalten und zwar ohne die Notwendigkeit von Verstaatlichungen. So wären für alle Akteure die gleichen Randbedingungen gegeben und der Markt müsste selbst und insgesamt das „Hebel-Risiko“ absichern. Die Finanzmarktteilnehmer hätten dann auch selber ein Eigeninteresse daran, dass die gesetzlichen Anforderungen an Finanzinstitutionen (die ja Kreditnehmer des gemeinsamen Fonds sein können) so sind, dass ein Ausfallrisiko bei Krediten minimal wird.

III.2 Mehrgeldsteuer (leverage money tax) zur Steuerung der Geldschöpfung

Die Regelsetzungen und Regulierungen auf weltweiter Ebene sind - dem Subsidiaritätsprinzip folgend - darauf auszurichten, Unfairnisse zwischen den Währungsräumen auszuschließen. Vor diesem Hintergrund ist besonders das Thema Geldschöpfung und in diesem Zusammenhang auch die Gewährung von Krediten in anderen Währungen zu betrachten. Dies betrifft dann die Frage, wie viel „Mehrgeld“, wie viel Schuldverschreibungen Kreditbanken und andere Marktteilnehmer ausstellen dürfen. Mit welchem „Hebel“ dürfen Geschäfte gemacht werden, damit die „Geldblase“ beherrschbar bleibt? Hat man über die Festlegung von Mindestreserven und

Eigenkapitalanforderungen hier schon wirklich die richtigen Steuerungsmöglichkeiten einer wirksamen Begrenzung? Dies ist, wie die Krise gezeigt hat, zu verneinen. Daher wird als Eckpfeiler einer konsistenten Weltfinanzordnung eine **Mehrgeldsteuer** (englisch: **leverage money tax**) als ergänzendes Instrument der Geldmengensteuerung vorgeschlagen. Zudem sollten die Liquiditäts- und Eigenkapital-Richtlinien auf alle „Schöpfer“ von Geld und Schuldverschreibungen (Kredite aller Art) und auch alle anderen Unternehmen als Teil international verabredeter Buchhaltungsstandards ausgeweitet werden. Ziel dabei ist es zu unterbinden, dass Risikopositionen zur Umgehung von Liquiditäts- und Eigenkapital-Hinterlegungspflichten gezielt „verschoben“ werden.

Eine „Mehrgeldsteuer“ bedeutet im Prinzip den Einbezug von Finanzprodukten in das Wertschöpfungssegment durch eine Abgabe auf jede Art von ausgegebenen Schuldverschreibungen oder vergebenen Krediten, d. h. auf neu geschöpftes Geld und „geldartige Zahlungsverprechen“. Dies könnte man z. B. über eine „Finanzmarktsteuer“, „Börsenumsatzsteuer“ oder „Security Transaction Tax“ erreichen, die aber nicht nur den Kapitalverkehr besteuern darf, sondern unbedingt auch eine Abgabe verlangt, wenn eine Schuldverschreibung erzeugt bzw. „in Verkehr“ gebracht wird. Es muss also insbesondere auch eine „Produktsteuer“ (und nicht nur eine Transaktionssteuer) sein. Eine wichtige Begründung für die Mehrgeldsteuer könnten dabei die durch eine Ausweitung der Geldmenge erhöhten Risiken sein. Die Abgabe würde von denen eingefordert, die das Gemeinwesen durch eine Erhöhung des Inflationsrisikos und der höheren Instabilität der Märkte belasten, die ihren Teil zur „Geldblase“ beisteuern. Eine „Mehrgeldsteuer“ könnte den internationalen Verabredungen (Basel II) folgend so ausgestaltet werden, dass die Abgabenhöhe von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der „Geldschöpfer“ abhängig gemacht wird. Alle, die ohnehin höhere Zinsen für einen Kredit zahlen müssen – also insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen und private Haushalte –, würden dadurch entlastet. Belastet würden die Hauptprofiteure im Finanzmarkt, die ganz wesentlich, z. B. durch die spekulativen Hebelgeschäfte, die Geldmenge ausgeweitet haben. Eine Intention der Mehrgeldsteuer wäre die Schaffung eines Instruments zur Kontrolle, Regulierung und Steuerung der Geldmenge in einer weit gefassten Begrifflichkeit. Die betrachtete Geldmenge sollte jedes Kreditgeld und jede Form von Zahlungsverpflichtungen umfassen. Daher wäre die Mehrgeldsteuer als Abgabe auf alle verbrieften Sicherheiten (dazu sind auch Aktien zu zählen) und alle Verträge mit Kreditcharakter (also beispielsweise auch Derivate, Forwards und RePos) auszurichten. Erhoben werden könnte die Abgabe über die Handelsabwicklungs-Systeme und Börsen

(Verwaltung der Sicherheiten in den Depositories) und über die depotführenden Banken (Custody Services). Bei einem umfassenden Einbezug aller Verbindlichkeiten – die letztlich in der Passiv-Seite von Bilanzen zusammen gefasst sind – kann die Abgabe auch im Rahmen der Steuererklärung erfasst und bearbeitet werden.

IV. Wie kann man die Lösung international organisieren?

Wir brauchen eine kurzfristige Lösung der Probleme, denn wir sind mitten in der Krise. Deshalb sollte man zur Organisation der jetzt dringend notwendigen Schritte bestehende Institutionen nutzen – auch wenn „besser legitimierte“ Formen denkbar sind. Das im Rahmen der G20 aufgesetzte Verfahren zur internationalen Abstimmung von Maßnahmen zur Reaktion auf die Krise, mit dem ersten Gipfeltreffen im November 2008 zu dem Gesamthemenspektrum „Finanzmarkt und Weltökonomie“, bietet sich als Ausgangspunkt für die Organisation eines Umsetzungsprozesses für eine globale Ökosoziale Marktwirtschaft an. Hier könnte der „7-Punkte-Plan“ (Kapitel III) im Detail abgestimmt und verabredet werden. Dabei sollte der Schulterschluss mit dem economic and social council (ECOSOC) der Vereinten Nationen gesucht werden, dessen Rolle gegebenenfalls zu stärken ist. In dem Text „World Economic and Social Survey 2008“ [1] spricht sich dieses Gremium positiv zu den drei Ansätzen „Reform von Bretton Woods“, „Prinzipien des Marshall Plans“ und „Global New Deal“ aus, deren Konkretisierung der „7 Punkte Plan“ ist. Sofern es zu einer von der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel vorgeschlagenen Etablierung eines Weltwirtschaftsrates bei den Vereinten Nationen kommt, wäre dies auch ein geeignetes Gremium zur weiteren Ausgestaltung des globalen Gesamtprozesses. Das ECOSOC könnte bei der Umsetzung der Maßnahmen die Koordinationsfunktion übernehmen. G20 / Weltwirtschaftsrat wären der Ort zur Abstimmung der weltweit abgestimmten Gesamtaktion zur Reaktion auf die aktuelle Krise. Bei G20 / Weltwirtschaftsrat läge die Gesamtprozess-Verantwortung. Von hier aus wären spezielle Aufgaben auf die verschiedenen Institutionen zu delegieren, um das Gesamtpaket für einen weltweiten Vertrag, einen „Global New Deal“, wie er mit dem „7 Punkte Plan“ skizziert wurde, zu verabreden und in Angriff zu nehmen.

Als kurzfristige Maßnahme ist dabei auf die derzeitige Liquiditätsengpass-Situation zu reagieren. Der zur Lösung vorgeschlagene „Liquiditätssicherungsfonds“ als Sammelstelle für die Überhangliquidität bezüglich Zentralbankgeld und kurzfristig dagegen eintauschbare Wertpapiere könnte beispielsweise unter Aufsicht des IWF (Internationaler Währungsfonds) eingerichtet werden. Details des Fonds könnten z. B. im Financial Stability Board (FSB) der Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) ausgehandelt und verabredet werden. Dieser Liquiditätssicherungsfonds könnte zudem – zu gewissen Teilen – über Staatsgarantien abgesichert werden, sofern hierfür – als Bedingung – der Einführung der Mehrgeldsteuer als Maßnahme zugestimmt wird, um mittelfristig die

„Geldblase“ wirkungsvoll in den Griff zu bekommen.

Ein „Weltstrukturfonds“ wäre einzurichten, um die Mittel zu verwalten, die für eine Co-Finanzierung einer weltweiten Implementation verabredeter verbindlicher Verfahrensstandards notwendig sind. So könnte man die Umsetzung und wirkungsvolle Einhaltung ökologischer und sozialer Standards für das ökonomische System, für eine nachhaltige Weltwirtschaft erreichen. Der Weltstrukturfonds könnte hierzu bei der Weltbank verankert werden. Die erste Füllung des Weltstrukturfonds kann zum einen über die Mehrgeldsteuer und über gegebenenfalls weitere verabredete Abgaben auf globale Transaktionen erfolgen. Des Weiteren könnten auch Teile der neu erschlossenen Mittel, die aus einer Abstimmung der Steuersysteme und der „Einhegung“ von Steueroasen resultieren, eingebracht werden. Alternativ wären diese Mittel für nationale Implementations-Prozesse und die mittelfristige Rückführung der öffentlichen Verschuldung zu verwenden.

Die Anpassung der Steuergesetze selbst ist als Verabredung eines Standards zu behandeln. D. h. im Rahmen der Gesamtprozessverantwortung ist – genauso wie beispielsweise auch die Verhandlung eines Lösungsansatzes zum Umgang mit der Klimaproblematik – das Verhandlungsmandat geeignet zu delegieren. Hierfür bietet sich aber aufgrund der Zusammensetzung des G20-Gremiums (die Finanzminister der Länder) selbst an. Unter Einbezug der Standards, die in der ILO (Internationale Arbeitsorganisation) ausgearbeitet und verabredet wurden, kann so eine „Charta für nachhaltiges Wirtschaften“ entstehen. Umwelt-, Sozial-, Steuer- und Finanzstandards sind dann als ökologische und soziale Standards über eine Aufnahme als verbindliche Verfahrensstandards im Rahmen der WTO (Welthandelsorganisation) als gültiger Rahmen der globalisierten Marktwirtschaft zu verankern. Die WTO wäre insofern bei dem pragmatischen Lösungsansatz der institutionelle Rahmen, in dem die Verbindlichkeit beschlossen und deren Einhaltung über die möglichen Konfliktresolutions- und Sanktionsmechanismen dieser Organisation zu gewährleisten ist.

Die Frage ist natürlich, ob sich die relevanten Währungsräume und damit Wirtschaftsräume dieser Welt auf ein solches gemeinsames Handeln zur Abwendung der akut drohenden schlimmen Krisensituation durchringen können. Es wäre zu hoffen.

Literatur:

- [1] ECOSOC, World Economic and Social Survey (2008):
Overcoming Economic Insecurity
www.un.org/esa/policy/wess/wess2008files/wess08/wess2008.pdf
- [2] Eichhorn, W. & Solte, D. (2009):
Das Kartenhaus Weltfinanzsystem – Rückblick, Analyse, Ausblick.
Hg. Klaus Wiegandt, S. Fischer Verlag
- [3] Frederik Forsyth (1979): Des Teufels Alternative. Piper Verlag
- [4] Gödel, K. (1931):
Über formal unentscheidbare Sätze der Principia Mathematica und verwandter Systeme I;
Monatshefte für Mathematik und Physik 38, S. 173 ff.
- [5] Halbrock, K. (2007):
Kann unsere Erde die Menschen noch ernähren? Hg. Klaus Wiegandt. S. Fischer Verlag
- [6] IPCC – Intergovernmental Panel of Climate Change (2007):
Climate Change 2007: Synthesis Report.
www.ipcc.ch/publications_and_data/publications_ipcc_fourth_-_assessment_report_synthesis_report.htm
- [7] Jaeger, J. (2007):
Was verträgt die Erde noch? Wege in die Nachhaltigkeit.
Hg. Klaus Wiegandt. S. Fischer Verlag
- [8] Kaufmann, S. E. (2007):
Wächst die Seuchengefahr? Globale Epidemien und Armut: Strategien zur
Seucheneindämmung in einer vernetzten Welt. Hg. Klaus Wiegandt. S. Fischer Verlag
- [9] Mauser, W. (2007):
Wie lange reicht die Ressource Wasser? Vom Umgang mit dem blauen Gold.
Hg. Klaus Wiegandt. S. Fischer Verlag
- [10] Mojib L. (2007):
Bringen wir das Klima aus dem Takt? Hintergründe und Prognosen.
Hg. Klaus Wiegandt, Fischer-Verlag
- [11] Münz, R. & Reiterer, A. F. (2007):
Wie schnell wächst die Zahl der Menschen? Weltbevölkerung und weltweite Migration.
Hg. Klaus Wiegandt. Fischer-Verlag
- [12] Parlament der Weltreligionen (1993):
Erklärung zum Weltethos, www.weltethos.org
- [13] Radermacher, F. J. (2002):
Balance oder Zerstörung – Ökosoziale Marktwirtschaft als Schlüssel zu einer weltweiten
nachhaltigen Entwicklung.
Ökosoziales Forum Europa, Wien, ISBN 3-7040-1950-X
- [14] Radermacher, F. J. (2004):
Global Marshall Plan – ein Planetary Contract. GMP, ISBN 3-9501869-2-1

- [15] Radermacher, F.J. & Beyers, B. (2007):
Welt mit Zukunft – Überleben im 21. Jahrhundert.
Murmann-Verlag, ISBN 978-3-93017-86-9
- [16] Rahmsdorf, S. & Richardson K. (2007):
Wie bedroht sind die Ozeane? Biologische und physikalische Aspekte.
Hg. Klaus Wiegandt. S. Fischer Verlag
- [17] Rapoport, A. & Chammah, A. M. (1965):
Prisoner´s Dilemma – a study in conflict and cooperation. University of Michigan Press
- [18] Reichhoff, J. H. (2007):
Ende der Artenvielfalt? Gefährdung und Vernichtung von Biodiversität. Hg. Klaus
Wiegandt, S. Fischer Verlag
- [19] Schmdit-Bleck, F. (2007):
Nutzen wir die Erde richtig? Die Leistungen der Natur und die Arbeit der Menschen. Hg.
Klaus Wiegandt. S. Fischer Verlag
- [20] Solte, D. (2007):
Weltfinanzsystem am Limit – Einblicke in den „Heiligen Gral“ der Globalisierung; Terra
Media Verlag, Berlin, ISBN 978-9811715-2-5
- [21] Solte, D. (2009):
Weltfinanzsystem in Balance – Die Krise als Chance für eine nachhaltige Zukunft; Terra
Media Verlag, Berlin, ISBN 978-3-9811715-4-9
- [22] Steinbrück, P. (2008):
Rede zum Finanzmarktstabilisierungsgesetz am 15. Oktober 2008 vor dem Deutschen
Bundestag.
www.bundesfinanzministerium.de/nr_53510/DE/Presse/20und_20Interviews/096_Rede_BT_1510088.html
- [23] Wagner, H.-J. (2007):
Was sind die Energien des 21. Jahrhunderts? Der Wettlauf um die Lagerstätten. Hg. Klaus
Wiegandt. S. Fischer Verlag
- [24] Wicke, L. & Spiegel, P. (2006):
Kyoto-Plus – so gelingt der Klimawandel. München
- [25] World Food Program: www.wfp.org/hunger/stats
- [26] World Health Organization (WHO, 2005):
The World Health Report 2005, make every mother and child counts.
www.who.int/who/2005/who2005_en.pdf
- [27] World Health Organization (WHO, 2007):
World Health Statistics 2007: www.who.int/whois/whostat2007.pdf

Aus der Reihe:

FAWn - Denkanstöße
Beiträge für den offenen Dialog

